

Sozialdemokrat

Einzelpreis 70 Heller.
(Einschließlich 5 Heller Porto)

Zentralorgan d. Deutschen Sozialdemokratischen Arbeiterpartei i. d. Tschechoslowakischen Republik.
Erscheint mit Ausnahme des Montag täglich früh.

Redaktion u. Verlagsort: Prag II, Nehlska 16 • Telefon: 20793, 31409, Nachdruck: (ab 21 Uhr): 33530 • Postfach: 37594

12 Jahrgang.

Freitag, 23. Dezember 1932

Nr. 302.

Dr. Sobolka Landespräsident von Böhmen.

Boos-Waldsch deutscher Vizepräsident

Prag, 22. Dezember. Wie inoffiziell bekannt wird, hat der heutige Ministerrat über Vorschlag der Personalminister beschlossen, dem Präsidenten der Republik für die Stelle des Landespräsidenten von Böhmen den Sektionschef Dr. Sobolka aus dem Innenministerium vorzuschlagen. Erster Vizepräsident soll Dr. Strom bleiben, während Dr. Dienert an die Stelle des zweiten Vizepräsidenten vorrücken und zum dritten Vizepräsidenten Regierungsrat Boos-Waldsch, ein Deutscher, befördert werden soll.

Die Ernennung Dr. Sobolkas und Boos-Waldschs vollzieht formal der Präsident der Republik. Sie dürfte schon in den nächsten Tagen verkündet werden.

Mit der Ernennung Boos-Waldschs wird zum zweitenmal seit dem Amtsantritt der deutschen Forderung nach Vertretung im böhmischen Landespräsidium Rechnung getragen.

Benes reiert über Belgrad

Wie amtlich gemeldet wird, erstattete ferner der Minister des Aeußern im Ministerrat Bericht über die arbeitspolitische Lage, insbesondere betreffend die letzten internationalen Abrüstungsverhandlungen in Genf und die Verhandlungen der Außenminister der Staaten der Kleinen Entente in Belgrad. Hierüber wurden die Entwurfs einer Reihe von Regierungsvorstellungen beraten und gebilligt.

Darüber wurden im Prinzip auch die Maßnahmen, die zur Durchföhrung des Abkommens mit Ungarn abgeschlossen werden müssen, festgestellt. Es wurde festgestellt, dass die Verhandlungen mit Österreich über die Herabsetzung des Zollsollens bei einigen Warenposten.

Somit erledigt der Ministerrat nach Entgegennahme der Berichte aus den Beratungen der Ministerkomitees dringende wirtschaftliche und administrative Ansuchen und den ersten Teil der Arbeit auf Ernennungen und Beförderungen im Staatsdienst.

Die Verhandlungen mit Oesterreich

Prag, 22. Dezember. (Tsch. B. S.) Die seit drei Tagen zwischen den tschechoslowakischen und österreichischen Vertretern in Prag in freundschaftlichem Geiste geföhrten Verhandlungen über eine Reihe handelspolitischer Fragen wurden vorläufig abgeschlossen. Die einzelnen zur Verhandlung stehenden Punkte wurden einer eingehenden Erörterung unterzogen. Es wurde hiedurch für die Fortsetzung der Verhandlungen, die in Wien stattfinden sollen, die Grundlage geschaffen.

Donawitzer Hüttenwerk stillgelegt

Wien, 22. Dezember. (Tsch. B. S.) Bekanntlich wurde Anfangs Dezember ein großer Teil der Belegschaften des Donawitzer Hüttenwerkes wegen Auftragsmangels entlassen. Samstag wurden nun, wie erst jetzt gemeldet wird, die letzten 150 Arbeiter entlassen, die noch in den Reparaturwerkstätten beschäftigt waren. So dass nunmehr nur noch ein ganz geringer Teil der Arbeiterschaft des Hüttenwerkes beschäftigt ist, das Donawitz mit Lichtstrom versorgt.

Wie das „Neue Wiener Tagblatt“ hierzu erfahren haben will, sollen erst Anfangs Jänner das Gaswerk und das Stahlwerk in Betrieb gesetzt werden.

Rasche Blutjustiz

Lemberg, 22. Dezember. In dem Russischen terroristischen Zirkel gegen die ukrainischen politischen Geheimen Organisation, Vilas, Danilowitsch, Jurakowski und Koflat, welche unter der Anführung des blutigen Raubüberfallers auf das Bohman in Grodel, Jagiellonki sowie unter dem Verdachte der Ermordung des Führers des Regierungsbundes, des Abgeordneten Salowko standen wurde heute mittags das Urteil gefällt. Das Landgericht verurteilte die drei erstgenannten Angeklagten zum Tode durch den Strang. Die Angelegenheit des vierten Angeklagten Koflat wurde dem gewöhnlichen Gerichtsverfahren zur weiteren Behandlung überwiesen.

Regierungserklärung Paul-Boncours.

Sanierung der Finanzen. — Regelung der Kriegsschuldenfrage. Vertrauensvotum mit den Stimmen der Sozialisten.

Paris, 22. Dezember. (Tsch. B. S.) Die Regierungserklärung, die Ministerpräsident Paul Boncour in der Deputiertenkammer und Justizminister Gardey im Senat verlesen haben, geht von der Feststellung aus, dass weder dem Prestige der vorausgegangenen Regierung noch ihrer Politik irgendein Abbruch getan worden sei und dass das Kabinett sein Augenmerk auf die Kontinuität richte, was auch in ihrer Zusammensetzung zum Ausdruck komme. Die Regierung müsse vorerst für Sanierung der Finanzen, Eindämmung des Defizits und Wiederherstellung des Budgetgleichgewichts sorgen, also strenge Sparmaßnahmen im Einzelnen mit den zuständigen Kommissionen und interessierten Kreisen, Beamtenchaft und ehemaligen Frontkämpfern, treffen. Sie werde im Jänner unter Stellung der Vertrauensfrage in erster Reihe der notwendigen Spar- und Reformmaßnahmen zur Anwendung bringen.

Die zweite Aufgabe der Regierung sei die allgemeine Regelung der Kriegsschuldenfrage. Die gegenwärtig aufsteigende unpopuläre Lage in den Vereinigten Staaten gebiete, diese Verhandlungen, deren Richtung durch die Kontinuität vom 12. ds. klar angezeichnet sei, ansehnlich vorwärts zu führen. Dankbar müsse man anerkennen, dass man sich auch in Washington ernsthaft bemüht habe, die Schwierigkeiten beizulegen. Die französische Regierung werde die Verhandlungen in der festen Absicht führen, eine Gesamtlösung vorzubereiten, die dem Wierwarr ein Ende mache, der den allgemeinen wirtschaftlichen Wiederaufbau infolge der Last der zwischen den Regierungen schwebenden Schulden behindere. Gleichzeitig werde die Regierung im Einzelnen mit den Staaten, an die Frankreich durch ein gemeinschaftliches Streben gebunden sei, und ohne Hintergedanken gegen einen Dritten, geführt auf die Freundschaft Englands, und in dem Wunsch, jede Schwierigkeit zu beseitigen, die mit den Ländern bestehen könnten, mit denen Frankreich eine alte Kultur und nahe Erinnerung verbinden, sich bemühen, andere internationale Verhandlungen zu einem guten Abschluss zu bringen. Auch sie drängten und von ihnen hänge zum größten Teil die Lösung der Krise ab, die die letzten Ursachen der budgetären Schwierigkeiten Frankreichs sei. Diese Krise sei nämlich nicht nur wirtschaftlicher, sondern auch psychologischer Art, geboren aus der internationalen Beunruhigung und den Mißverständnissen und rivalitäten unter den Völkern.

Die vorangegangene Regierung habe sich erfolgreich bemüht, die Abrüstungskonferenz aus der Unsicherheit und Langsamkeit, in der sie zu verfallen drohte, zu befreien. Die Regierung werde dieses Werk fortsetzen. Es sei ein konstruktiver Plan eingebracht worden, der in präzisen Formeln die notwendige Verbindung zwischen der Abrüstung und der Sicherheit hergestellt habe, und der sich nicht einer dieser Formeln bediene, um die andere auszuschalten oder

Urteil im Felsenck-Prozess.

Berlin, 22. Dezember. Nach mehr als zweimonatiger Verhandlung wurde im Felsenck-Prozess heute das Urteil verkündet.

Die kommunistischen Angeklagten Becker und Schön wurden wegen Diebstahls zu je sechs Monaten Gefängnis verurteilt, die durch die Untersuchungsbehörden verhaftet sind. Gegen alle übrigen Angeklagten wurde auf Grund der Amnestie das Verfahren eingestellt.

In Anblich an eine nationalsozialistische Versammlung kam es in der Nacht zum 19. Jänner d. J. in der Kolonie Felsenck im Norden Berlins zu einer blutigen Schlacht zwischen politischen Gegnern, bei der ein Nationalsozialist und ein Kommunist den Tod fanden. Angeklagt waren wegen dieses Ereignisses sechs Nationalsozialisten und 22 Kommunisten. Die erste Verhandlung, reich an Zwischenfällen, fand ihr Ende, als sich der Vorsitzende des Gerichtes und ein Zeuge als befangen erklärten. Die zweite Verhandlung, die heute zum Urteil führte, begann am 17. Oktober. Auch sie war kaum weniger arm an Zwischenfällen.

aufgeschoben. Die Regierung werde den Plan verteidigen. Ein wichtiges Ergebnis sei erreicht:

Zur Abrüstungskonferenz sei ein großes Land zurückgekehrt.

dessen Anwesenheit notwendig sei, um der abzuschießenden Konvention mit den Garantie- und Kontrollmaßnahmen, die deren Folge sein müßten, ihre volle Wirksamkeit zu geben. Die Regierung werde darauf achten, dass man aus der lokalen Anerkennung einer Gleichberechtigung in der Gleichheit der Pflichten und in einer politischen Organisation der internationalen oder weltweiten der europäischen Sicherheit nicht Konsequenzen ziehe, die auf eine mit den Prinzipien der Konferenz sowie mit den Friedensverträgen unvereinbare Aufrüstung abzielten würden.

Die neue Regierung Paul-Boncours wurde bei ihrer Vorstellung in der Kammer mit großem Beifall der ganzen Linken aufgenommen. Zahlreiche Stellen der Regierungserklärung wurden auch auf den Bänken der Mitte mit Beifall aufgenommen.

Nach verhältnismäßig kurzer — vierstündiger — Debatte antwortete Paul-Boncours in einer improvisierten Rede auf die Vorwürfe wegen der Zusammenlegung seiner Regierung und des Regierungsprogrammes, wobei er ausdrücklich betonte, dass nicht Herriot die Kabinettsbildung übernommen habe. Er (Boncour) habe eine neue Regierung auf den gleichen Grundlagen und fast aus denselben Personen wie Herriot gebildet.

Nach der Rede des Ministerpräsidenten erklärte der Führer der Sozialisten Leon Blum, dass seine Partei für die Regierung stimmen werde.

Bei der nachfolgenden Abstimmung wurde der Regierung mit 365 gegen 215 Stimmen das Vertrauen ausgesprochen.

Die Schuldenfrage

bis 4. März 1933 aufs Eis gelegt.

Washington, 22. Dezember. (Reuter.) Der Preiswandel zwischen Roosevelt und Hoover wurde heute vom Welken Hause veröffentlicht. Aus dem Schreiben Roosevelt geht hervor, dass der zukünftige Präsident eine gemeinsame Verantwortlichkeit irgendwelcher Art ablehnt. Diese Ablehnung bezieht sich sowohl auf die Erneuerung einer Kommissionskommission für die Kriegsschulden, wie auf alle anderen internationalen Fragen. Roosevelt erklärt, er wolle sich die Hände reinhalten, bis er am 4. März 1933 sein neues Amt antritt.

Unter diesen Umständen kam eine Konferenz bei Hoover zur Überzeugung, dass die gegenwärtige amerikanische Regierung in der Schuldenfrage nichts mehr unternehmen könne, da die Unterstützung des Kongresses fehle und auch Europa mit derzeit wirkungslosen Verhandlungen nicht gedient sein würde.

Hoover für weitere Prohibition

Washington, 22. Dezember. (Tsch. B. S.) Wie bereits gemeldet, hat das Repräsentantenhaus die Vorlage betreffend den Verkauf von Bier mit 3,2 Prozent Alkoholgehalt gestern angenommen. Nach der Annahme im Senat wird die Vorlage dem Präsidenten Hoover vorgelegt, der jedoch zweifellos sein Veto erheben wird. Es wird als unwahrscheinlich angesehen, dass das Repräsentantenhaus, an welches die Vorlage nach der Ablehnung durch den Präsidenten zurückgegeben wird, die dann notwendige Zweidrittelmehrheit für diese Vorlage aufbringen wird.

Das SA-Diebsgesindel.

Bolmarstein (Westfalen), 21. Dezember. In den Vorgängen in dem SA-Heim in Bolmarstein stellt die Polizei mit, dass sie den noch flüchtigen Haupttäter in Wengern im Untersuchungsraum des freiwilligen Arbeitsdienstes festgenommen hat. Nach Angaben des Bruders emer der vier verhafteten SA-Leute hatte der Haupttäter die SA-Leute mit gezoogenem Revolver aufgefordert, bestimmte Diebstehle auszuführen.

Von der Frontattake zum Umgehungsmanöver.

Von Peter Sartoy (Berlin).

Im politischen Zwiesicht der Gegenwart löst man Gefahr, die Grundlinien der geschichtlichen Entwicklung und die tatsächliche Richtung zu verlieren. Wankend raschen und kampflosen Politiker scheint das letzte Zwischenstück Zivilregierung in Uniform, besonders nach dem günstigen Verlauf des Reichstagsdebates, als die glückliche und dauerhafte Lösung der akuten politischen Krise. Man übersieht dabei sogar die Tatsache, dass einseitig nicht die Regierung vom Reichstag, sondern der Reichstag von der Regierung „toleriert“ wird.

Die Wirtschaftskrise, durch die Auswirkungen des Versailler Systems ungemein verschärft, hat die jungen Demokratien der Besiegten besonders stark untergraben. Die Demokratie sprengt die Demokratie — dies ist das Paradoxon der traurigen Gegenwart. Mit anderen Worten: die Substanz der Demokratie, das Volk, die Wählerschaft lehnt sich gegen die Demokratie als Staatsform auf, unter welcher die Wirtschaftskrise zum Ausbruch kam und keine Lösung findet. Die antidemokratische Umwälzungsbewegung von links und von rechts hat die dumpfe Enttäuschung der breitesten Volksmassen, besonders den entwürzelten Mittelstand Deutschlands, zur offenen Auflehnung gegen die Demokratie gesteigert.

Die Spaltung des deutschen Volkes, die im launigen Aussehen der Hitlerbewegung zum Vorschein kam, löst eine klassische bonapartistische Situation in Deutschland. Die dünne Herrenschicht, die längst auf der Pauer war, wagte nun den Staatsstreich. Die mit ihr verbundene Reichswehr, die auch sonst als politischer Faktor im Hintergrunde wirkte, trat plötzlich in den Vordergrund. Die Papenregierung begann ihren kurzen und trübseligen Lebenslauf. Es schien, als ob es in Deutschland nur eine Alternative gäbe: monarchistische Restauration oder faschistische „Revolution“. Durch eine Frontattake vertrieben die Monarchisten, ihre Ziele durchzusehen. Die Schöbarone und die Krausjunker haben sich aber diesmal verrechnet. Die Pläne der Wiederherstellung der Monarchie, des Ständestaates und des wirtschaftlichen Absolutismus stoßen auf den Widerstand des gesamten Volkes. Nach zweimaliger Reichstagsauflösung mußte von Papen zurücktreten. Das Spiel war aus.

Aber das Spiel wird trotzdem nicht aufgegeben! Die dünne Herrenschicht, die sich dazu berufen sieht, durch „neue Staatsführung“ Deutschland, d. h. ihre Kapitalmacht zu retten, versucht hat der misslungenen Frontattake ein tiefes Umgehungsmanöver. Das ist der Sinn der Ablösung Papens durch Schleicher. Nicht nur die meisten Minister der Papenregierung, ihr Geist und ihre Ziele, wenn auch in verballter Form, sind dieselben geblieben.

Freilich ist die Ablösung Papens durch Schleicher eine neue, weitere Etappe auf dem Wege der Fortsetzung der nationalen Front, die als Verschönerung gegen die Republik und ihre sozialen Institutionen in Salzburg geschlossen wurde. Die erste Etappe war die Trennung der Deutschnationalen von den Nationalsozialisten und die Bildung der Papenregierung. Die zweite Etappe ist die Bildung der Schleicherregierung, d. h. die Spaltung in der Herrenschicht selbst. An sich ist der Zerfall der nationalen Front eine positive Erscheinung. Und dies um so mehr, als gleichzeitig der Fortsetzungsprozess in der Hitlerbewegung im beschleunigten Tempo vor sich geht (Straffer!). Der faschistische Staatsstreich wurde immer wieder verlegt. Alle geschichtlichen Möglichkeiten wurden verpaßt. Denn bei jeder günstigen Gelegenheit begann es

